

März-II 2009

#### Inhalt

- \* Daten, Namen und Fakten
- \* Zitat
- \* MIT in den Medien
- \* MITglieder-Angebote: Hilton Hotel
- \* Existenzgründung - Schrittweise in die Selbständigkeit
- \* Bundeswirtschaftsministerium bietet "Zukunftsscheck Mittelstand" an
- \* Was ist das teAM Deutschland?
- \* Wohlstand für alle
- \* Klartext – Der Informationsbrief der Ludwig-Erhard-Stiftung

#### Daten und Fakten

- \* Kein Nachfrageschub durch Ölländer

Die deutsche Exportwirtschaft hat in den vergangenen vier Jahren kaum von den höheren Einnahmen der rohstoffreichen Länder profitiert. Die deutschen Wareneinfuhren in die Rohstoffländer stiegen seit Beginn der Preishöhenflüge im Jahr 2004 bis 2007 um jahresdurchschnittlich 10,4 Prozent. Im Vergleichszeitraum von 1995 bis 2004 nahmen sie allerdings gleich stark zu. Gemeinhin wurde dagegen oft gesagt, dass die Rohstoffländer ihre sprudelnden Einnahmen für den Kauf von Gütern made in Germany nutzen.

Für einzelne Sparten der Metall- und Elektro-Industrie traf dies jedoch zu. So konnten beispielsweise Betriebe der Metallerzeugung ihre Exporte in die Rohstoffländer zuletzt um jahresdurchschnittlich gut 17 Prozent ausweiten. Im Vergleich dazu betrug der Zuwachs in den Jahren von 1995 bis 2004 nur 7,6 Prozent pro Jahr. Insgesamt fällt jedoch auch die Bilanz für die Branche relativ nüchtern aus: Während die M+E-Exporte in die Rohstoffländer zwischen 1995 und 2004 im Jahresmittel um 10,2 Prozent kletterten, lag der jahresdurchschnittliche Zuwachs zu Zeiten des Rohstoffbooms um lediglich 0,2 Prozentpunkte höher.

(Quelle iwKöln)

- \* Frage des Augenmaßes

Die Bundesregierung will die Sanierung der Hypo Real Estate mit Hilfe eines Enteignungsgesetzes durchboxen. Jetzt legt sie nach und präsentiert einen teilweise bemerkenswerten Referentenentwurf für ein Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktaufsicht. Bei der weiteren Konkretisierung des Papiers muss sie aber mehr Augenmaß als beim Enteignungsgesetz beweisen.

Anfang April treffen sich die Regierungschefs der G20-Länder in London. Sie wollen auch über eine neue Finanzarchitektur verhandeln. Die Bundesregierung will nicht mit leeren Händen in die englische Hauptstadt fahren und hat neben dem umstrittenen und übertrieben scharfen Enteignungsgesetz jetzt auch einen Referentenentwurf zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht auf der Internetseite des BMF veröffentlicht. Danach soll der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ein größerer Ermessensspielraum bei der Vorgabe von Eigenkapitalanforderungen für Banken gegeben werden. Unter anderem soll sie die Banken dazu veranlassen können, einen zusätzlichen Eigenkapitalpuffer für wirtschaftlich schwache Perioden anzulegen. Auch einer Bank, die sich in einer besonderen Geschäftssituation befindet, soll sie Zusatzaufgaben machen können. Die Formulierungen im Referentenentwurf sind noch sehr allgemein gehalten. Denn die konkreten Regeln sollen international koordiniert werden. Was letztlich auf Banken und Versicherungen zukommt, ist mithin noch unklar. Dabei gilt es, das richtige Augenmaß zu finden: Die Gewerbefreiheit weitestgehend zu erhalten und gleichzeitig sachgerecht Risiken zu begrenzen. Vor diesem Spagat darf sich und sollte sich der Gesetzgeber jedoch nicht drücken.

(Quelle: iwKöln)

- \* Einkommenssteuer international: Der Fiskus hält sich mehr zurück

In allen Industrieländern müssen Bürger einen Teil ihrer Einkünfte an den Staat abführen. Während in Schweden ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 1.258 Euro bereits 51,6 Prozent Steuern fällig sind, greift der Spitzensteuersatz von 40 Prozent in der Schweiz erst ab 448.849 Euro. (Quelle IW Köln)

\* RWI: Deutschland bleibt zunächst in tiefer Rezession

Das RWI senkt seine Prognose des Wirtschaftswachstums für das Jahr 2009 deutlich auf -4,3%; 2010 geht es wohl wieder leicht - um 0,5% - aufwärts. Damit ist die Finanzkrise entgegen manchen Hoffnungen stärker auf Deutschland durchgeschlagen als auf die meisten übrigen Länder des Euro-Raums. Es wird erwartet, dass trotz deutlich steigender Kurzarbeit die Zahl der Beschäftigten im Verlauf dieses Jahres um rund 1,2 Mill. zurückgeht und die der Arbeitslosen um 1,1 Mill. steigt. (RWI)

Zitat

„Die jetzige Regel lädt Trittbrettfahrer regelrecht dazu ein, das Instrument zu missbrauchen“, sagte Schlarman dem Tagesspiegel. Grundsätzlich befürwortet der Politiker das Instrument Kurzarbeit zwar, seine Kritik zielt aber auf die Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung ab, mittels derer die Regeln für Kurzarbeit gelockert wurden.“. MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarman (15.3.2009 Der Tagesspiegel).

MIT in den Medien

SPD plant reinen Populismus

Die von der SPD geforderte Erhöhung der Steuern zugunsten eines "Solidaritätsbeitrags Bildung" stößt weiter auf Kritik beim Koalitionspartner. Der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Josef Schlarman, äußerte Zweifel an der Glaubwürdigkeit der geplanten Steuererhöhung, die ausschließlich Besserverdienende treffen soll. "Das, was die SPD plant, ist reiner Populismus. Es gibt keine zweckgebundenen Steuern. Auch der Solidaritätsbeitrag ist eine allgemeine Steuer", sagte der CDU-Politiker dem Abendblatt. "Das ist eine Wahlkampfsteuer und eine neue Reichensteuer, nur in einem anderen Gewand."

Zum Beitrag

<http://www.abendblatt.de/daten/2009/03/11/1080488.html>

Peer Steinbrück gefährdet Wirtschaft

Der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarman, sagte BILD.de: „Die Verweigerungshaltung von Peer Steinbrück gefährdet unsere Wirtschaft. Wir brauchen einen verminderten Mehrwertsteuersatz für bestimmte Dienstleistungen schon allein deshalb, um vom Ausland nicht abgehängt zu werden. Außerdem kann es nicht sein, dass der Mittelstand mit diesen Doppelsteuern zusätzlich geschöpft wird.“

Zum Beitrag

<http://www.bild.de/BILD/politik/wirtschaft/2009/03/11/mehrwertsteuer-senkung/schlarman-dafuer-steinbrueck-dagegen.html>

Schlarman steht für Soziale Marktwirtschaft im Sinne Erhards

Die geplante Enteignung von Aktionären der Hypo Real Estate ärgert Schlarman maßlos, er versteht nicht, warum der Staat anderthalb Milliarden mit der Abwrackprämie verpulvert, anstatt es den Bürgern als Steuererleichterung direkt zu geben. (...)

Schon vor drei Jahren beklagte Schlarman das Streben von Managern nach kurzfristigem Gewinn. Unternehmen sind für ihn nicht nur betriebswirtschaftliche Einrichtungen, sondern auch soziale. Schlarman steht für eine soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards. Er steht für CDU pur. Das macht seine Kritik für die Kanzlerin so gefährlich.

Zum Beitrag

<http://www.stern.de/politik/deutschland/:Josef-Schlarman-Der-Rebell/658220.html>

**MITglieder-Angebote: Hilton Hotel**

Buchen Sie die Hilton Advance Purchase Rate, und Sie erhalten zusätzlich 20% Nachlass! Alle Hilton Hotels in Deutschland, Österreich und der Schweiz bieten Ihnen dieses exklusive Angebot, ab sofort bis Ende August 2009 an. Wir machen jeden Ihrer Aufenthalte zu einem besonderen Erlebnis. 20% Rabatt

Informationen und weitere Angebote im internen Bereich der MIT-Homepage  
<http://www.mittelstand-deutschland.de>

Existenzgründung - Schrittweise in die Selbständigkeit  
Existenzgründungsportal des Bundesministeriums für Wirtschaft

Mehr Informationen beim Bundesministerium für Wirtschaft  
<http://www.existenzgruender.de/>

Bundeswirtschaftsministerium bietet "Zukunftscheck Mittelstand" an  
Mittelständische Unternehmen können ab sofort die Software "Zukunftscheck Mittelstand" nutzen, um ihre Kommunikation mit Banken bei der Kreditvergabe zu erleichtern. Der "Zukunftscheck Mittelstand" ist ein besonders nutzerfreundliches Instrument, mit dem Unternehmen ihr Geschäftsmodell darstellen und bewerten können. Er wurde vom Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik entwickelt.

Mehr Informationen beim Bundesministerium für Wirtschaft  
<http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/root,did=294954.html>

Was ist das teAM Deutschland?

Wir wollen ein möglichst großes teAM werden, das unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und die CDU unterstützt. Es haben sich bereits mehrere Tausend Mitglieder registriert - und täglich werden es mehr. Jeder kann seinen persönlichen Beitrag leisten, damit Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt und die CDU 2009 gewinnt.

Zum teAM Deutschland  
<http://www.team2009.de>

Wohlstand für alle

Ludwig Erhards "Wohlstand für alle" ist als Wiederauflage im Anaconda Verlag erschienen. Das Buch ist ab sofort im Buchhandel erhältlich.

Hier geht es zum Hinweis  
<http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/>

Klartext – Der Informationsbrief der Ludwig-Erhard-Stiftung

Das große Retten, das mit der Finanzkrise über die Welt gekommen ist, droht das Rechnen zur Kleinkrämerei abzustempeln. Das könnte zu einer Langfristwirkung der Rezession werden, die die Industrienationen teurer zu stehen kommt als alle Dellen in Umsatz-, Produktions- und Beschäftigungsstatistiken.

Mehr Informationen unter  
<http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/files/klartext0903.pdf>